

Wossische



Zeitung

Begründet

1704

40 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Chefredaktion: Georg Bernhard, Verantw. Redakt. (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech. Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheckkonto Berlin 660.

Der Kampf um die französischen Rüstungen.

Englische Antwort an Briand.

Die angelsächsische Einigung, die in Washington besiegelt wurde, tritt besonders deutlich durch einen parallelen Schritt in die Erscheinung, in dem England und die Vereinigten Staaten im Augenblick des Beginnes der Konferenz von Cannes einen Druck auf Frankreich ausüben, um es zur Aufgabe seiner Rüstungsforderungen, insbesondere seines U-Boot-Programmes zu bewegen, durch das England seine Machtstellung bedroht sieht.

in London, 4. Januar.

In Erwiderung auf das gestrige Interview der „Daily Mail“ mit Briand bringt das „Daily Chronicle“ heute einen Aufsatz über die Gegensätze, die zurzeit zwischen England und Frankreich bestehen. Es wird darin als Tatsache bezeichnet, daß die alte englisch-französische Entente augenblicklich keine Grundlage mehr habe. Daher sei es nötig, die Tatsachen und Schwierigkeiten fest ins Auge zu fassen, da die Entente sonst nicht auf festem Felsen aufgebaut werden könne. Die beiden wichtigsten Fragen betreffen die Reparationen und die Rüstungen. Der Artikel führt aus, England sei gegebenenfalls bereit, seine eigenen Forderungen an Deutschland aufzugeben, wenn dafür die Reparationsfrage in einer solchen Weise gelöst würde, daß der europäische Handel in einer befriedigenden Weise sich wieder erholen könnte.

Die Durchführung dieser Notwendigkeit werde aber von Frankreich erschwert, dessen ultima ratio doch nur die Anwendung von Gewalt sei. Frankreich erkenne die Auslösung nur an, soweit es sich selbst durch den Dreimächte-Standard das Übergewicht sichere. England dagegen vertrate die Abrüstungsfrage, weil dadurch die einzige Möglichkeit geschaffen werde, um die Fabrikation von Papiergeld einzuschränken, wodurch eine Befestigung der Wertschwankung und eine Wiederbelebung des Handels möglich gemacht werde. Namentlich Frankreichs Haltung in Washington zeige, daß Frankreich kein Verständnis für die neue Idee von Sicherheit habe, nämlich: allgemeine relative Abrüstungen und die Festlegung des militärischen Kräfteverhältnisses durch internationale Abkommen. Dieser Weg sei aber der einzige Ausweg, der nicht zu weiteren Kriegen und zum wirtschaftlichen Ruin führe. Ueber die diesbezüglichen Aufgaben der Konferenz in Cannes sagt der Artikel dann: „Je weniger Geld die Völker für Rüstungen ausgeben, um so zahlungsstärker sind sie, je weniger Deutschland für die Befahrung der Welt zu zahlen hat, um so mehr bleibt für die Reparation übrig, ohne daß die europäischen Wertschwankungen aus dem Gleichgewicht gebracht werden.“ Für England würde es sich lohnen, große Zugeständnisse zu machen, Frankreichs und Belgiens Priorität auf die Reparation anerkennen und die Neutralität des Rheinlandes zu garantieren, wenn es möglich wäre, dadurch eine dauernde Lösung der Reparationsfrage und der Rüstungsfrage in Europa zu erlangen. Das ist die Hauptaufgabe der Konferenz von Cannes.“

In einem Leitartikel der „Times“ heißt es, die Aussichten für Cannes seien nicht sehr hoffnungsvoll. Ein Programm sei nicht festgelegt und der Gedanke des Aufbaus ganz Osteuropas einschließlich Rußlands durch ein internationales Konföderation scheine noch nicht so weit geführt zu sein, daß er der Kritik der Geschäftswelt standhalten könne. Der Versuch, Deutschland in den Plan hineinzubringen, unter der Bedingung, daß es die Hälfte seines Gewinnes als Reparationen bezahle, sei ein wirkungsloser Ausgleich zwischen zwei einander entgegengesetzten Ansichten. Vielleicht stecken hinter dem Plane Zwecke, von denen man nichts wisse. Der Oberste Rat könne während der kurzen Dauer der Sitzung in Cannes nicht die Grundlage für eine neue Aera schaffen. Er könne nur dringende Probleme des Augenblicks behandeln und mögliche Vorschläge in der Reparationsfrage machen.

Vor Cannes.

Wie der Sozialdemokratische Parlamentsdienst erfährt, hat sich die Reparationskommission mit den Auskünften des Staatssekretärs Fischer auf die Rückfragen der Entente zufriedengegeben, so daß eine schriftliche Beantwortung der Rückfragen nicht mehr nötig ist. Dagegen haben diese Verhandlungen Fischers mit der Kommission über die deutschen Rückfragen noch nicht zu einem endgültigen Ergebnis geführt, und somit werde in Cannes über die Angelegenheit der Januar- und Februarzahlungen hinaus bestimmt das ganze Reparationsproblem aufgerollt werden.

Nach der „Chicago Tribune“ soll Rathenau in Cannes Zimmer im Carlton Hotel belegt haben, in dem auch die französische, italienische, belgische, japanische und amerikanischen Delegationen abgestiegen sind. Jules Sauerwein hält es für angebracht, im „Matin“ Deutschland „davor zu warnen, Hoffnungen auf die französisch-englischen Meinungsverschiedenheiten zu setzen. Rathenau

würde gut daran tun, wenn er seiner Regierung die Wahrheit nicht vorenthielte, daß die Mißverständnisse unter den Verbündeten für Deutschland eher ein Grund zur Beunruhigung sein könnten, und daß man in Cannes sehr wohl angesichts der deutschen „Verzögerungstaktik“ und „passiven Resistenz“ eine „scharfere Politik gegen Deutschland beschließen könnte, als je seit dem Waffenstillstand in Anwendung gewesen sei.“

Frankreichs Schulden in Amerika.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

* Paris, 4. Januar.

Wie aus Washington gemeldet wird, brachte der Republikaner Reavis im Repräsentantenhaus eine Entschließung ein, in der gefordert wird, daß Frankreich zur Zahlung seiner Schulden an Amerika gezwungen werde. In der Begründung wird gesagt, die Washingtoner Konferenz habe gezeigt, daß gewisse Staaten, deren Gläubiger Amerika sei, große Summen Geldes für vermehrte Rüstungen zur See ausgaben. Die Vereinigten Staaten hätten volles Verständnis für die Not in Europa und wären bereit, die europäische Schuld zu fundieren, wenn die Notwendigkeit dafür sich klar ergäbe. Wenn sich Frankreich jedoch durch die Bitte der Menschheit um Weltfrieden nicht erweichen lasse und die Absicht habe, seine U-Boote in großem Maße zu vermehren, so sei es für die Amerikaner an der Zeit, die augenblickliche Lage klar zu erfassen. Frankreich habe ein Heer, das größer sei als das deutsche Heer vor dem Kriege. Es lehne es nicht nur ab, sein Heer zu vermindern, sondern bestrebe sich auf der vollkommenen Freiheit, es noch zu vermehren. Frankreichs Haltung in der Frage der Vergrößerung seiner Flotte bedeute eine Ausgabe von Hunderten von Millionen Dollar. Sicher werde keine Nation, die sich in finanzieller Not befinde, ein solches Rüstungsprogramm ins Auge fassen. Das amerikanische Volk müsse mit Recht darauf bestehen, daß das von Frankreich entworfene Programm mit französischem und nicht mit amerikanischem Gelde bezahlt werde.

„New York Herald“ meldet aus Washington: Das Kabinett hat in einer zwei Stunden langen Sitzung die wirtschaftliche Lage Europas diskutiert, aber es wurde kein Beschluß gefaßt in bezug auf eine amerikanische Beteiligung bei irgendeiner europäischen Konferenz, die den Zweck haben soll, wirtschaftliche Probleme zu diskutieren. Man erfährt an autoritativer Stelle, daß bisher weder offiziell noch inoffiziell irgendeine Einladung aus Europa ergangen ist, in der Amerika aufgefordert wird, an einer derartigen Konferenz aktiv teilzunehmen. Immerhin glaubt man, daß die amerikanische Regierung von der Notwendigkeit einer derartigen internationalen Zusammenkunft überzeugt ist.

Die italienische Delegation.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

mp Rom, 3. Januar.

Bonomi wird nach dem heutigen Ministerrat sofort nach Cannes abreisen, angeblich, weil er den angekündigten Vorgesprächen zwischen Lord George und Briand beiwohnen will. Soleri bleibt zurück, weil er unapflichtig ist. Corretta folgt morgen. In der Begleitung Bonomis befinden sich der Generaldirektor des Schatzamtes Rossini, der Abteilungsdirektor des Schatzamtes Clarocca, sowie der Vorsitzende der Kommission zur Verwaltung des feindlichen Eigentums Barone. Ferner aus Industrie- und Bankkreisen Pirelli, Bolchini, Alberti und Belloni. In die gestrige Meldung anknüpfend, sei darauf hingewiesen, daß die Teilnahme Barones, wenn sie zur Fühlungnahme mit Rathenau führt, endlich die Frage des Eigentums regeln dürfte.

(Siehe auch vierte Seite.)

Um das Steuerkompromiß.

Die Parteiführer beim Reichskanzler.

Im Anschluß an die Sitzung des Reichskabinetts hat heute um die Mittagsstunde eine Besprechung des Reichskanzlers mit den Führern der Reichstagsfraktionen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten stattgefunden. Der Reichskanzler unterrichtete die Parteiführer über die aktuellen Fragen der auswärtigen Politik; in der Hauptsache aber galt die Besprechung einer Erörterung der Steuerreform, deren Erledigung unmittelbar nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages in Angriff genommen werden soll. Die Bemühungen sind darauf gerichtet, ein Kompromiß unter den drei Parteiführern betreffs des Steuerproblems zu erreichen.

Kairo und Achmedabad.

Der Orient ahmt Irland nach.

Die Unruhen, die seit einigen Wochen in Ägypten und seit dem August vorigen Jahres in Britisch-Indien immer wieder aufflammten, werden zurzeit von den englischen Behörden mit allen Mitteln der militärisch-imperialistischen Herrschaftstheorie: Belagerungszustand, Kriegsgerichte, Internierung politischer Agitatoren und rücksichtsloser Gebrauch der Schußwaffe und des Kampfflugzeuges unterdrückt. Die trüben Erfahrungen, die England mit diesen Methoden in Irland in den letzten beiden Jahren gemacht hat, lassen in der gemäßigten öffentlichen Meinung Englands die Frage nicht zur Ruhe kommen, ob nicht auch diesmal unter ganz anderen politischen und kulturellen Bedingungen der Herrschaftsterror versagen müsse und dieser alsdann nur das kostspielige und böse Erinnerungen bei den Betroffenen erzeugende Vorpiel einer Verständigungspolitik gewesen war. In der liberalen englischen Presse und in scharfer Formulierung in den führenden politischen Zeitschriften, in denen diese Fragen aus Gründen pressetecnischer Regie ausführlicher und offener behandelt werden als in den Tageszeitungen wird anlässlich der Zustände in Kairo und der Beschlüsse des nationalindischen all-indischen Kongresses in Achmedabad eine Politik der Versöhnung im Orient gefordert, die die Grundlage bilden kann für einen Appell an die Herzen und die besten Instinkte der von Groß-Britannien zu beherrschenden Völker.“

Die Aussichten einer solchen Politik sind zurzeit trotz der Heftigkeit der in diesen Wochen zutage getretenen Volksleidenschaften nach dem Urteil englischer und neutraler Kenner des Orients in Ägypten günstiger als in Indien. Das ägyptische Volk in seiner Gesamtheit ist passiver und befindet sich infolge der weitestgehenden wirtschaftlichen Politik der Okkupationszeit in einer günstigeren ökonomischen und sozialen Lage als die Massen Indiens. Obendrein ist die Grundlage für einen Vergleich schon vorhanden. Die ägyptischen Parteien kämpfen heute nicht mehr um die Anerkennung des Autonomiegedankens, sondern um die Ausföhrung der englischen Autonomiezusage.

Während des Krieges löste England jedes staatsrechtliche Band zwischen Ägypten und der Türkei, regierte diesen wichtigen Kreuzpunkt seiner Verbindungslinien mit dem Standrecht, versprach aber zugleich der ägyptischen Intelligenz eine Berücksichtigung der Jahrzehnte alten Autonomieforderungen sobald der Krieg beendet sei. Nach dem Friedensschluß hat eine gemischte englisch-ägyptische Kommission unter Lord Milner und dem Führer der Nationalisten Zagul Pascha für die englische Regierung Richtlinien ausgearbeitet, in denen Vorschläge für ein Selbstverwaltungsstatut und ein unklügbares englisch-ägyptisches Bündnis enthalten waren. Diese Richtlinien sahen eine Befreiung des ägyptischen Gebietes von englischen Garnisonen vor. Nur an den Endpunkten des Suezkanals sollte England besetzte Stützpunkte unterhalten. Vorbehaltlich einer sachkundigen wirtschaftspolitischen Aufsicht Englands war es den Ägyptern freigestellt, sich die innere Verwaltung nach eigenem Gutdünken einzurichten.

Diese Richtlinien haben nach ihrer Veröffentlichung in England eine sehr geteilte Aufnahme gefunden. Die radikalen Blätter nutzten sie damals agitatorisch aus, um gegenüber der Gewaltherrschaft der Regierung in Irland den Nachweis zu führen, wie weit die selbe Regierung bereit war, einem anderen „nichteuropäischen“ Volke entgegenzukommen. Unter dem Einfluß dieser innerpolitischen Faktoren und der Opposition der Tories hat Lord Curzon dann im Oberhause Erklärungen abgegeben, die darauf hinzielten, die Bedeutung der Richtlinien erheblich einzuschränken. Als von englischer Seite die Erklärung folgte, daß die Richtlinien nur „beachtenswerte Anregungen“ für direkte Verhandlungen zwischen einer ägyptischen Delegation und dem englischen Kabinett bilden würden, zog sich Zagul Pascha von den Ausgleichsverhandlungen zurück und übernahm die Führung der nationalistischen Gruppen, die sich mit keiner geringeren Konzeption als die wirkliche Durchführung der Richtlinien zufrieden geben wollten. Ein Führer der zum Ausgleich auch unter weniger günstigen Bedingungen geneigten Gruppen Adly Pascha, wurde Ministerpräsident und ging an der Spitze einer Delegation nach London, um den Versuch zu machen, möglichst viele Richtlinien in einen englisch-ägyptischen Vertrag umzuformen. Zwischen war in England die Lage ungünstiger geworden. Man hatte sich zwar mit Irland an den Verhandlungstisch gesetzt, aber die Gestaltung der Verhältnisse in Kleinasien erschwerte ein Eingehen auf die ägyptischen Forderungen. Die Errichtung der arabischen Königreiche der Feisal-Dynastie geschah zwar unter der Betonung der Notwendigkeit einer verfassungsmäßigen Vertretung der Bewohner der Länder um Mekka und Bagdad, aber die arabischen Fürsten, die hierbei von Churchill, ihrem Sprecher im Kabinett, und vom englischen Oberkommissar in Palästina unterstützt wurden, erklärten, daß diese Länder für die Selbstverwaltung noch nicht reif seien und die Evolution zum Parlamentarismus daher nur langsam fortschreiten dürfe. Sie haben wiederholt in Lon-